

Zur Wehrfrage

Autor(en): **Reinhard, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **13 (1933-1934)**

Heft 5

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-331802>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

13. JAHRGANG -- JANUAR 1934 -- HEFT 5

Zur Wehrfrage

Von Ernst Reinhard.

Die Diskussion der Wehrfrage in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz erhält eine merkwürdige Illustration durch die Neujahrsrede Litwinows. Frei von jeglicher kommunistischer Agitation, stellt sie nichts dar als logische Klarlegung der internationalen Lage durch einen eiskalten Verstand. Ihr Inhalt: Die Abrüstungskonferenz ist gescheitert; die Aera des bürgerlichen Pazifismus ist abgeschlossen; die neue Aufrüstung beginnt. Kriegsmöglichkeiten bestehen zwischen Deutschland und Sowjetrußland, Kriegswahrscheinlichkeiten zwischen Japan und Sowjetrußland. Aber »Sowjetrußland besitzt die Möglichkeit, seinen Boden und sogar die Anmarschgebiete (d. h. die nicht-russischen Grenzgebiete) mit seinen mächtig anwachsenden Streitkräften zu schützen«. So spricht heute der Diplomat einer Partei, deren Vertreter, auf dem Berner Parteitag 1917, Fritz Platten, sich gegen »jeden Krieg« erklärt hatte.

Damit soll den Kommunisten nicht etwa Unlogik vorgeworfen werden. Aber Wesentliches wird damit doch beigetragen zur Aufhellung des Berner Parteitagsbeschlusses, der für die Wehrfrage und die Landesverteidigung bis heute Parteirecht bildet. Der Beschluß war trotz seiner rigorosen Form ein Kompromiß. Er kam zustande durch den antimilitaristischen Flügel unter Führung Naines und Grabers, und diesem Flügel schlossen sich auch die konsequenten Pazifisten der religiös-sozialen Richtung an; er wurde aber ebenso herbeigeführt durch den sozialistischen-leninistischen Flügel, für den Platten sprach. Während die erste Gruppe schlechtweg gegen jeden Krieg war, unbekümmert um seinen sozialen Gehalt, bekannte sich die zweite Gruppe nur zur Ablehnung jedes imperialistischen Krieges, betonte aber in Reden und Diskussionen immer wieder die Pflicht zur militärischen Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes. Da für die Schweiz aber nur die Frage eines imperialistischen Krieges zur Diskussion stand, konnte der Kompromiß von 1917 zustande kommen, der sich gegen jeden Krieg aussprach, obschon der leninistische Flügel damals schon entschieden war, unter keinen Umständen eine rein pazifistische Politik zu treiben.

Die Differenzen zwischen den beiden Flügeln wurden innerhalb kurzer Zeit klar. Die Bolschewisten verteidigten sich nachdrücklich gegen Koltchak, Judenitsch, Denikin und die andern Interventionisten und organisierten die »Rote Armee«; in der Schweiz wurde der Kampf gegen den Militarismus, nach dem Ausscheiden des bolschewistischen Flügels aus der Partei, rein nur noch mit pazifistischen Argumenten betrieben. Es kam damals schon im Nationalrat zu Zusammenstößen zwischen Fritz Platten, der das Recht Rußlands auf eine Armee ebenso entschieden verfocht, wie er dasjenige der bürgerlich-kapitalistischen Schweiz verneinte, und Charles Naine, der auch Platten gegenüber an seinem konsequent antimilitaristischen Standpunkt festhielt.

Wir erleben heute nichts als die Wiederaufnahme des alten Kampfes innerhalb der Partei. Wir haben auf der einen Seite die konsequenten Pazifisten (denen wir es weiter nicht übelnehmen wollen, daß sie die partei-interne Diskussion bewußt auf das persönliche Gebiet zu verschleppen suchen), die heute wie gestern jeden Krieg ablehnen und von der Arbeiterschaft unter allen Umständen, mögen sie nun sein, wie sie wollen, die Kriegsabstinenz verlangen. Wir haben auf der andern Seite eine radikale Gruppe, die durchaus nicht pazifistisch gesinnt ist, die vielmehr mit Lenin der Meinung ist, das sozialistische Vaterland müßte verteidigt werden, die aber aus der Einschätzung der Situation, wie sie heute ist, die Möglichkeit zur Verteidigung auch nur der Ansätze eines sozialistischen Vaterlandes verneinen, die auf keinen Fall zugeben, daß die Situation sich heute verändert habe und die daher keine Notwendigkeit zu einer Neuorientierung der Partei einsehen wollen. Und wir haben schließlich auch jenen Flügel, der 1917 geschlagen wurde, man darf ihn ruhig den sozialpatriotischen nennen, der heute wie 1917 sich auf den Boden stellt: So wie die Schweiz heute ist, ist sie unter allen Umständen auch gegen den Angriff irgendeines Staates, nicht nur eines faschistischen, verteidigungswert. Dieser Flügel hat ebenfalls seine Organisationen und wird geistig am stärksten vertreten durch die »Nation« und ihre Mitarbeiter. Der Vorschlag, den die von der Partei bestellte Kommission dem Parteitag macht, bekennt sich zu keiner der drei Ansichten, sondern sucht die eigene, sozialistische Linie zu finden. Dabei muß man sich durchaus der Gefahr bewußt sein, die darin besteht, daß wiederum, wie 1917, ein Beschluß zustande kommt, der infolge des Zusammenarbeitens ganz entgegengesetzter Fraktionen wohl sehr radikal und allgemein verständlich aussieht, aber innerlich trotzdem unwahr ist und eine Schwäche der Partei nur notdürftig verhüllt.

Die Partei darf keinesfalls einen Beschluß unter dem Druck des Bürgertums fassen. Die Diskussion der Militärfrage ist auch nicht unter der Pressure des Bürgertums zustande gekommen. Es ist falsch, zu sagen, wenn Genf und Lausanne früher gewesen wären, dann hätte sich eine Diskussion wohl erübrigt. Ganz im Gegenteil: gerade dann wäre sie notwendig geworden. Genf und Lausanne sind allein nicht haltbar. Wir müssen ihnen in sehr kurzer Zeit einen breiteren politischen Rückhalt und eine sichere wirtschaftliche Basis geben können.

Das ist nur möglich, wenn die schweizerische Arbeiterschaft aus ihrer alten Oppositionshaltung heraustreten und zur führenden Schicht im Staate werden kann, wenn aus der kleinbürgerlichen Demokratie die sozialistische Demokratie wird. Weil die Diskussion völlig unabhängig vom Bürgertum erfolgt, darum ist auch die Problemstellung: Landesverteidigung — ja oder nein? — falsch, weil sie bürgerlich ist. Die Problemstellung muß für uns ganz anders lauten. Die erste abzuklärende Vorfrage ist die: Sind wir konsequente, passive Pazifisten? Ich bin überzeugt, daß die Partei diese Frage mit großer Mehrheit verneinen wird. Die Partei ist nicht tolstoianisch-gandhistisch eingestellt. Eine Auseinandersetzung mit dem passiven Pazifismus ist auf diesem Raum nicht möglich; es muß die Feststellung genügen, daß die Partei in ihrer Mehrheit nicht grundsätzlich pazifistisch eingestellt ist.

Es kann vielmehr angenommen werden, daß sich die Partei zu der These bekennt, die schon auf dem Berner Parteitag 1926 zur Erörterung stand, daß zur Verteidigung eines sozialistischen Staates die Gewalt, auch in ihrer militärischen Form, notwendig und geboten sei. Sie wird also die Russen nicht tadeln, daß sie zur Verteidigung Rußlands eine Rote Armee geschaffen haben und bereit sind, auch in Zukunft jeden äußern Angriff, der im Falle des Gelingens die Beseitigung der sozialistischen Regierung Rußlands zur Folge hätte, auch mit militärischen Machtmitteln zurückzuweisen. Die Hauptfrage wird somit die sein, wie man die soziale Struktur der heutigen und der zukünftigen Gesellschaft einschätzt. Kommt man zur Ueberzeugung, daß der schweizerische Staat selbst faschistisch ist, dann wird jeder Versuch, diesen Staat durch die Arbeiter verteidigen zu lassen, scheitern. Freiwillig werden die Arbeiter niemals mitmachen.

Der heutige Staat ist stockreaktionär. Er behandelt die Arbeiterschaft als seinen Feind. Aber auch diese noch vorherrschende reaktionäre Gesinnung des Staates kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß er sich in einer Uebergangsperiode befindet. Der alte Staat ist nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Er spürt das Unmögliche seiner Situation selbst. Politisch rettet er sich in den Faschismus helvetischer Prägung. Die Behandlung der Genfer Ereignisse, das Staatsschutzgesetz, der Raub der Volksrechte im Finanzprogramm, das Liebäugeln mit den Fronten bestätigen die faschistische Tendenz. Wirtschaftlich muß er zu den Mitteln greifen, welche ihm die Sozialdemokratie vorgeschlagen hat. Er organisiert den Kompensationsverkehr, das Zwangsclearing, die Kontrolle des Kapitalexportes, die Kontrolle der Banken. Alles Dinge, die wir vor zwei Jahren vorgeschlagen hatten, die man zuerst verhöhnte, deren Wert man heute anerkennen muß. Aber weder bei dem einen noch bei dem andern ist ihm wohl. Er sieht, daß politische und wirtschaftliche Entwicklung auseinanderlaufen, ohne daß er beide auf den gemeinsamen Nenner bringen kann. Beide widersprechen seiner liberalistischen These, die mit Demokratie heute nichts mehr zu tun hat. Aber sein Liberalismus spielt weder wirtschaftlich noch politisch auch nur die geringste Rolle.

Innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Zeit wird sich der Staat so oder so gestalten müssen. In der Zweideutigkeit, in der er heute lebt, gibt es keine Dauer und kein Beharren. Er muß sozialistisch-demokratisch oder faschistisch werden. Wir stehen heute am Scheidewege. Kann der Staat faschistisch werden?

Eine faschistische Schweiz schaltet sich geistig mit dem Auslande gleich. Sie verliert die eigene Staatsidee und damit ihre Existenzberechtigung. Sie kann nicht rassistisch sein — denn damit sprengt sie den Dreivölkerbau der Schweiz selbst in die Luft. Sie kann nicht nationalistisch sein — denn damit nimmt sie der Schweiz das Beste, was sie über alle Zeiten hinweg hatte: die internationale Geltung ihrer Ideen und den Grundgedanken der Humanität. Die geistige, freiwillige Gleichschaltung bringt das engste Anschmiegen an den faschistischen Block mit sich. Die logische Folge ist der Statthalter der faschistischen Mythos auch bei uns; der Reichsstatthalter ist auf dem Wege. Der helvetische Faschismus ist der beste Totengräber der schweizerischen Staatsidee; der Faschismus ist in einer selbständigen Schweiz unmöglich; Faschisten werden der Schweiz gegenüber notgedrungen zu Verrätern.

Die Schweiz ist als politisches Lebewesen auf Gedeih und Verderb mit dem demokratischen Gedanken verknüpft; verläßt sie ihn, geht sie zugrunde. Sie kann sich nur erhalten, wenn sie dem demokratischen Gedanken treu bleibt und ihn den Verhältnissen anpaßt. Sie kann nicht bestehen, indem sie die Demokratie abbaut, sondern indem sie sie ausbaut. Von der politischen Demokratie geht der Weg schnurgerade zur wirtschaftlichen Demokratie und damit zur sozialistischen Demokratie.

Das Bewußtsein von der Notwendigkeit dieser Entwicklung ist im Volke noch nicht herrschend, aber es ist erwacht. Es zur Macht zu bringen, ist unsere Aufgabe. Wir haben den Anfang gemacht, indem wir am 28. Mai den Versuch, die wirtschaftsaristokratischen Kräfte, welche den Faschismus tragen, zur Macht zu bringen, zum Scheitern brachten. Wir haben die Negation umzuwandeln versucht in einen ersten schüchternen und tastenden Versuch mit den beiden Petitionen auf Arbeitsbeschaffung und Entschuldung. Wir müssen den eingeschlagenen Weg im neuen Jahre nun kühn weitergehen, indem wir für das Projekt des sozialistischen Aufbaues, für die Umwandlung der alten, kapitalistischen Demokratie in eine junge, militante, sozialistische Demokratie die Seele des Volkes zu gewinnen suchen.

Die Zeit des Opportunismus ist vorüber. Es geht um die größten Dinge. Täuschen wir uns nicht. Entweder schmieden wir heute die sozialistisch-demokratische Schweiz oder nimmermehr. Die Verantwortung, die wir jetzt haben, nimmt uns niemand ab. Auch die Geschichte nicht. Die Entwicklung gibt uns alle Materialien für den Aufbau in die Hand. Werkleute, ans Werk! Unser Wille und unser Mut zum neuen Staat entscheiden.

Damit stellen wir nicht Forderungen, sondern weisen Plan und Weg. Die Führung gehört den arbeitenden Klassen; die Verwirklichung ist Sache der Arbeiter, Bauern und des Mittelstandes, die alle unter der

Krise des Kapitalismus und des unsichern und alt gewordenen Staates zusammenbrechen. Er ist nicht Sache der heutigen politischen Führer des Bürgertums. Wir appellieren nicht an sie, sondern an die werktätigen Massen, die von ihnen verraten werden.

Belgien hat seinen Plan de Man; wir werden, aus den schweizerischen Verhältnissen gewachsen, das für uns Passende schaffen und jenen Block der Arbeitenden zustande zu bringen suchen, der es verwirklicht. Das schweizerische Vaterland der Arbeit wird. In sehr kurzer Zeit wird sich für uns die Frage stellen, ob wir es gegen den Faschismus auch mit den militärischen Mitteln verteidigen wollen.

Unsere Zuversicht erhält eine mächtige Stütze durch den Militärapparat des heutigen Staates. Er kann die »Landesverteidigung« gar nicht durchführen. Die Technik hat die Wirtschaft umgestaltet; sie verlangt gebieterisch auch einen andern Verteidigungsapparat. Die wirtschaftlichen Kräfte des Landes müssen mobilisiert werden. Die Banken, die chemischen Fabriken, die Rüstungsindustrie, die Lebensmittelindustrie in der Hand des Staates zu wissen, um ihre Kräfte für die Verteidigung des Staates einsetzen zu können, ist heute wichtiger als ein paar Infanteriekanonen und einige Flugzeuge. Der Staat, der auf die Beherrschung der wirtschaftlichen Mittel verzichtet, gibt sich selbst auf. Der faschistische Staat verzichtet nicht darauf; aber er militarisiert das Volk zugunsten der Wirtschaftsaristokratie, in deren Dienst der Faschismus arbeitet. Die Schweiz — das wurde schon gesagt — kann das nicht. Sie muß die wirtschaftlichen Kräfte im Dienst des Volkes mobilisieren. Aber der heutige Staat kann das wiederum nicht. Wer wirklich die Verteidigung des Staates und nicht die einer kleinen Clique gegen die eigenen Volksgenossen will, dem bleibt nichts anderes übrig, als die Nationalisierung der Finanz, der Großindustrie, der Rüstungsindustrie jeglicher Art zu erkämpfen. Nur die sozialistische Demokratie kann die Verteidigung der schweizerischen Demokratie gegen den Faschismus übernehmen, indem sie die Verteidigungsmittel des Staates da holt, wo sie sind. Das aber ist nur möglich, indem jene kleine Gruppe, welche heute die Schweiz gegen das Volk beherrscht, niedergekämpft wird. Die Verteidigung des Staates verlangt die Errichtung der sozialistischen Demokratie und die restlose Durchführung des Kampfes gegen die sabotierenden, kapitalistischen Gruppen.

Die Ungeheuerlichkeit eines Krieges bedingt eine ganz neue, geistige Einstellung des Volkes. Es muß wissen, daß es um eine große und zukunftssichere Idee kämpft. Man kann nicht für einen helvetischen Faschismus gegen den italienischen oder den deutschen Faschismus oder gegen beide zusammen kämpfen; aber man kann für eine sozialistisch-demokratische Volksherrschaft gegen die faschistische Diktatur kämpfen. Je schärfer sich Staatsidee gegen Staatsidee absetzt, um so größer ist die geistige Hochspannung, welche allein das Ertragen der Kriegsschrecken ermöglicht. Neuerdings beweist das schweizerische Bürgertum in seiner Führerschaft die katastrophale Unfähigkeit, den Staat wirklich verteidigen zu können. Die Armee

soll die Demokratie verteidigen können — und sie selbst ertötet die Demokratie in ihren Reihen und wird, unter dem Schutz eines seine Aufgabe völlig verkennenden Kriegsministers, faschistisch. Von der schweizerischen Arbeiterschaft, die in ihrem Programm das Beste hochgehalten hat, was den schweizerischen Staat über die Zeiten hinwegtrug, den Internationalismus und die Humanität, verlangt der Kriegsminister den Verzicht auf die einzig verteidigungswerten Güter. Wer die Verteidigung des Landes will, der muß auch die Verteidigung des demokratischen Gedankens in allen seinen Konsequenzen wollen; der muß die geistige Landesverteidigung überall und dem sozialistisch-demokratischen Geiste gemäß organisieren. Wer den Zweck will, muß die Mittel wollen! Das gilt nicht für uns; damit kann man uns nicht zwingen, eine völlig verpfuschte, nur-militärische Landesverteidigung gutzuheißen! Das gilt für alle die, welche heute nicht sozialistisch sind, aber den Faschismus auf den Tod hassen. Wenn ihr den Zweck wollt, müßt ihr die Mittel wollen, die da heißen: Mobilisierung der Wirtschaft, Verteidigung des demokratischen Geistes in allen seinen Aeußerungen, Ausbau der Demokratie in den sozialistisch-demokratischen Staat.

Jede neue Wehrform ist von einer neuen Gesellschaft und einem neuen Staat geschaffen worden; die Wehrform ist dem Geist der Gesellschaft angepaßt, ist eine Aeußerung ihrer inneren Struktur. Heute gilt es für uns, die sozialistische Demokratie und ihre Wehrform zu wollen. Eines soll nicht hinter dem andern zurückstehen. Beides muß gemeinsam geschafft werden. Ich bekenne mich zur sozialistischen Demokratie und zu ihrer unbedingten Verteidigungspflicht; die militärischen Mittel sind nur ein Stück davon.

Die sozialistische Demokratie wird. Darum ist die Frage falsch: Bist du für die Landesverteidigung von heute? Auf solch eine falsche Frage muß eine falsche Antwort kommen. Die Frage lautet: Sind wir bereit, die sozialistische Demokratie von morgen mit allen Mitteln zu verteidigen? Und darauf kenne ich nur eine Antwort: Ja.

Wenn man aber die Frage stellt, wie man es denn mit den heutigen Heereskrediten halte, so sage ich: Wir lassen uns nicht in die Lage hineinmanövrieren, unbesehen alles schlucken zu müssen, was uns von einer Klasse vorgeschlagen wird, von deren Unfähigkeit zur Verteidigung der sozialistischen Demokratie wir überzeugt sind. Wir werden an alles den Maßstab anlegen: Treiben wir damit die Entwicklung zur sozialistischen Demokratie vorwärts oder hemmen wir sie? Damit begehen wir kein Parteigeschäft; denn die ganze Verteidigungsmöglichkeit des Landes erschöpft sich in dem einen großen Problem, die sozialistische Demokratie als allein zur Verteidigung gegen den Faschismus fähige Staatsform zu schaffen. Danach entscheiden wir — und appellieren zugleich an das Volk, daß es uns die Möglichkeit gebe, den Staat als den Staat der Arbeit und der Freiheit verteidigen zu können.

Dabei bin ich aber auf das tiefste überzeugt, daß die Machtmittel des alten, zusammenbrechenden Staates von heute die Machtmittel

der jungen, kämpferischen, sozialistischen Demokratie von morgen sein werden.

Und wenn man schließlich fragt, was uns all das nütze angesichts der Kleinheit unseres Staates und der Furchtbarkeit der modernen Kriegsmittel, dann sage ich:

Es kommt nicht darauf an, ob es uns nützt oder nicht; die Frage ist nur noch, ob wir in einem faschistischen Staate leben können. Und sollten wir wirklich in der Verteidigung der sozialistischen Demokratie untergehen, dann ist es besser, für die Freiheit zu fallen, als für den Faschismus zu leben. Wenn die Freiheit stirbt, brauchen Menschen nicht mehr zu leben.

Um die Revision der Beschlüsse des Parteitages 1917

Eine Betrachtung der heutigen Situation.

Von Dr. Arthur Schmid.

I.

Das Ziel der Sozialdemokratie ist eine Gesellschaftsordnung, in der es *keine Klassengegensätze mehr* gibt, weil jede Art von Ausbeutung beseitigt und das Volk von Not, Elend und Sorge befreit ist. In einer sozialistischen Gesellschaftsordnung wird erst der Wohlstand aller und die Unabhängigkeit der Persönlichkeit gesichert. Erst dann kann sich der Mensch harmonisch entfalten und das ganze Volk zu höhern Kulturstufen aufsteigen.

Ohne Kampf wird dieses Ziel nicht erreicht. Die Bevorzugten in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft wehren sich gegen die Umformung der bestehenden gesellschaftlichen Zustände. Die Einsicht, daß es besser ist, der natürlichen wirtschaftlichen Entwicklung Konzessionen zu machen und an der Umgestaltung der Gesellschaft mitzuhelfen, ist zum Teil nicht da, und wo diese Einsicht noch da ist, stehen ihr die Profitinteressen des Besitzes gegenüber. Die Herren der heutigen Wirtschaft führen deshalb den Klassenkampf gegen die Unterdrückten und Ausgebeuteten. Diesem Klassenkampf hat das fortschrittliche Proletariat den eigenen Klassenkampf gegenübergestellt, dessen Ziel die Ueberwindung der Klassengesellschaft ist. Aus der Tatsache, daß das Proletariat den Klassenkampf für das Endziel der klassenlosen Gesellschaft führen muß, hat man einen Widerspruch konstruiert. Man wirft den Sozialisten vor, daß sie die Klassen gegeneinander aufhetzen; daß sie den Kampf führen, währenddem sie doch vorgeben, für die Harmonie und den Frieden zu kämpfen. Dieser *Vorwurf* ist absolut *ungerechtfertigt*. *Der Widerspruch liegt in den Verhältnissen und in der Entwicklung selbst.* Entweder muß man die Herrschaft der wirtschaftlichen Machthaber widerspruchslos anerkennen und damit alle ihre Unterdrückungsmaßnahmen hinnehmen, auch wenn man weiß, daß diese Zu-